



Erhard Grundl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro Straubing
In der Bürg 11
94315 Straubing

Telefon: +49 09421/9614560
erhard.grundl.wk@bundestag.de

Erhard Grundl, MdB, In der Bürg 11, 94315 Straubing

Straubing, den 20.05.2022

Pressemitteilung

9-Euro-Ticket final beschlossen

Nach dem Bundestag hat am heutigen Freitag auch der Bundesrat dem 9-Euro-Ticket zugestimmt. Damit können in den drei Monaten Juni, Juli und August der öffentliche Personennahverkehr sowie Regionalverkehr für jeweils 9€ bundesweit genutzt werden. Das sogenannte „9 für 90-Ticket“ ist das erste Monatsticket mit bundesweiter Gültigkeit, sowie deutlich günstiger als bisherige Monatstickets.

Das Ticket soll eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger angesichts der gestiegenen Energiepreise sein und zum Umstieg auf Bus und Bahn motivieren. „Die letzten zwei Jahre waren für die Regionalbahnen und die lokalen Busunternehmen eine sehr herausfordernde Zeit. Obwohl durch die Pandemie die Fahrgastzahlen phasenweise zurückgegangen sind, wurde das Angebot weiterhin aufrechterhalten. Mit dem günstigen Monatsticket wollen wir nun die Menschen für den ÖPNV zurückgewinnen“, erklären die beiden niederbayerischen Bundestagsabgeordneten der Grünen Marlene Schönberger und Erhard Grundl.

Zugleich soll der stark vergünstigte Tarif verdeutlichen, dass der ÖPNV im Mittelpunkt der Verkehrspolitik der Ampel-Koalition steht. Für eine klimafreundliche Mobilität sei ein gut ausgebautes Bus- und Bahnangebot die wichtigste Voraussetzung. „Das 9-Euro-Ticket ist nur der Startschuss für eine veränderte Mobilitätspolitik. Zum ersten Mal müssen sich die Fahrgäste keine Gedanken über Verbundgrenzen und Tarifdetails machen. So bequem sollten Bus und Bahn dauerhaft nutzbar sein“, betont Marlene Schönberger.

Neben leicht verständlichen Ticketangeboten sei eine attraktive Linienanbindung der zweite wichtige Faktor. „Gerade im ländlichen Raum ist das ÖPNV-Angebot noch immer dürftig. Hier muss die Staatsregierung auf den Zug aufspringen und den von der Bundesregierung angeschobenen ÖPNV-Ausbau tatkräftig umsetzen“, führt Erhard Grundl aus. Dafür erhöht der Bund die Regionalisierungsmittel deutlich und sorgt für einen planbaren Aufwuchs. Alleine im Jahr 2022 gibt es zusätzliche 2,5 Milliarden Euro für die Umsetzung des 9-Euro-Tickets und weitere 1,2 Milliarden zum Ausgleich pandemiebedingte Einnahmeausfälle im Regionalverkehr. Ziel ist es den ÖPNV so auszubauen, dass die Fahrgastzahlen bis 2030 im Vergleich zu 2019 verdoppelt werden können.